Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

lfd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	lfd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
----------	---	----------	---------------------------------	---------------------------	--------------------

Nachfolgend sind die im Rahmen der Frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen aufgeführt. Zu dieser Matrix gehört ein Abwägungsdokument, in dem die Stellungnahmen als Fließtext und zusammenhängend abgewogen werden. In der nachgestellten Matrix wird in der Spalte „Verweis auf Abwägungstext“ auf das entsprechend relevante Kapitel des Fließtextes verwiesen.

Der Fließtext umfasst sowohl die Abwägung zum Bebauungsplan als auch zur Flächennutzungsplanteiländerung.

Für Bebauungsplan und Teiländerung des Flächennutzungsplans sind je TÖB teilweise gemeinsame Stellungnahmen eingegangen. Zur Vermeidung von Dopplungen wird im Kap. zum Flächennutzungsplan z. T. auf die Ausführungen zum Bebauungsplan verwiesen.

1. Stellungnahmen zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“

1.1	Geologischer Dienst NRW Landesbetrieb Hr. Christian Dieck De-Greiff-Straße 195 47803 Krefeld 23.03.2023	1.1.1	Hinweise: „zu o. g. Verfahren gebe ich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung folgende Informationen und Hinweise: Schutzgut Boden Informationen zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (Umweltbericht) für das Schutzgut Boden, zur Verwendung von Mutterboden sowie zur Nutzung der Karte der schutzwürdigen Böden:	S. Pkt. 3.7	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.1.2	<u>Beschreibung und Bewertung des Schutzgutes Boden</u> Nach der Karte der schutzwürdigen Böden (3. Auflage) sind im Rahmen der Beschreibung und Bewertung des Schutzgutes die betroffenen Böden, deren Bodenschutzstufen und Bodenfunktionen zu benennen. Zudem sind die Folgen des Eingriffs auf das Schutzgut Boden zu bewerten.	S. Pkt. 3.7	Dem Hinweis wird gefolgt.
		1.1.3	Hinweise zu den Böden im Plangebiet können über die Karte der schutzwürdigen Böden auf GEOportal.NRW1 abgerufen werden.	S. Pkt. 3.7	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.1.4	Kompensationsmaßnahmen für den Verlust an schutzwürdigen Böden sind folgender Veröffentlichung zu entnehmen (Kap. 3.7, S. 24): • Bodenschutz in der Umweltprüfung nach BauGB - Leitfa- den für die Praxis der Bodenschutzbehörden in der Bauleit-	S. Pkt. 3.7	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

lfd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	lfd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
		1.1.5	<p>planung².</p> <p><u>Verwendung von Mutterboden</u> Nach § 202 BauGB in Verbindung mit DIN 18915 ist bei Errichtung oder Änderung von baulichen Anlagen der Oberboden (Mutterboden) in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung zu schützen. Er ist vordringlich im Plangebiet zu sichern, zur Wiederverwendung zu lagern und später wieder einzubauen.“</p> <p>Einwände/ Anregungen: Der TÖB äußert keine Einwände/ Anregungen.</p>	S. Pkt. 3.7	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Ein Hinweis zum „Mutterboden“ wird im Bebauungsplan aufgenommen.
1.2	Stadt Bielefeld Bauamt, Technisches Rathaus Hr. Reiner Meyerhoff August-Bebel-Straße 92 33597 Bielefeld 15.03.2023	1.2.1	<p>Einwände/ Anregungen: „aus Sicht der Stadt Bielefeld bestehen weder Anregungen noch Bedenken zu den oben genannten Bauleitplänen der Stadt Enger.“</p> <p>Hinweise: Der TÖB äußert keine Hinweise.</p>	S. Pkt. 2.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
1.3	Westnetz GmbH Regionalzentrum Osnabrück Fr. Franziska Saak Goethering 23-29 49074 Osnabrück 08.03.2023	1.3.1	<p>Einwände/ Hinweise: „wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 27.02.2023 und teilen Ihnen mit, dass wir den o.g. Bebauungsplan hinsichtlich der Versorgungseinrichtungen der Westnetz GmbH durchgesehen haben. Gegen diese Verwirklichung bestehen unsererseits keine Bedenken.</p>	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.3.2	<p>Im Geltungsbereich unterhalten und planen wir keine Versorgungseinrichtungen.“</p> <p>Anregungen: Der TÖB äußert keine Anregungen.</p>	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
1.4	Evangelische Kirche von Westfalen Landeskirchenamt BKD Fr. Dörte Lippold	1.4.1	<p>Einwände: „gegen die obengenannte Planung bestehen keine Bedenken.“</p>	S. Pkt. 2.1	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

lfd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	lfd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
	Fr. Niemann Altstädter Kirchplatz 5 33602 Bielefeld 07.03.2023		Anregungen/ Hinweise: Der TÖB äußert keine Anregungen/ Hinweise.		
1.5	Landesbetrieb Straßenbau NRW Regionalniederlassung Ost- westfalen-Lippe Nurcan Yilmaz 14.03.2023	1.5.1	Hinweise/ Anregungen/ Einwände: „gegen die vorgelegte Bauleitplanung bestehen seitens der RNL OWL keine grundsätzlichen Bedenken, sofern folgendes beachtet wird:	S. Pkt. 4.7	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.5.2	Das Plangebiet liegt innerhalb der Erschließung dienenden Ortsdurchfahrt der Landesstraße 855. Die Genehmigungs- und damit auch die Kostenverantwortung für Auswirkungen des Vorhabens auf den Straßenraum liegt unter Berücksichtigung der übersehbaren Verkehrsentwicklung bei der Stadt.	S. Pkt. 4.7	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.5.3	Im Rahmen der Bauleitplanung hat die Stadt Enger sicherzustellen, dass die Belange der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs im Bereich der L 855 inklusive des Knotenpunktes „L 855/Vorsteherweg“ berücksichtigt werden. Die Stadt hat eine leistungsfähige und verkehrssichere Anbindung an das übergeordnete Netz zu gewährleisten. Negative Auswirkungen des Vorhabens auf den Straßenraum der L 855 wie Rückstaubildung oder andere verkehrliche Defizite sind auszuschließen. Sofern durch die Gesamtsituation im dortigen Wohngebiet künftig negative Auswirkungen auf die Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs im Bereich der L 855 erfolgen, sind durch die Stadt geeignete Maßnahmen zu ergreifen.	S. Pkt. 2.9/ 4.7	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.5.4	Demnach hat die Stadt im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung eigenverantwortlich sicherzustellen, dass - Alle erforderlichen Maßnahmen im Straßenraum veranlasst, gebaut und finanziert werden. Hierzu gehören auch	S. Pkt. 2.9/ 4.7	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
		1.5.4	ggf. nachträglich erforderlich werdende Maßnahmen - Die Erschließung ausreichend bemessen, leistungsfähig und verkehrssicher ist.	S. Pkt. 2.9/ 4.7	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.5.5	Die erforderliche Entwurfs- und Ausführungsplanung zur Umgestaltung des Einmündungsbereiches „L855 / Vorsteherweg“ ist zu gegebener Zeit mit uns detailliert abzustimmen und zu genehmigen - i.d.R. vor Rechtskraft des Bebauungsplanes damit die Belange zur Umsetzung des verkehrlichen Ausbaus ausreichend berücksichtigt werden können.	S. Pkt. 2.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.5.6	Weiterhin ist anzumerken, dass keine konkreten Informationen über das erwartete Verkehrsaufkommen durch die Erschließungsmaßnahmen vorliegen. Infolgedessen wird davon ausgegangen, dass dem Bauleitplan eine qualifiziertes Verkehrsgutachten zugrunde liegt, welches von der Stadt geprüft und anerkannt wurde. Dieses Verkehrsgutachten sollte eine Leistungsfähigkeitsbetrachtung gemäß HBS 2015 beinhalten, in dem die Auswirkungen des Vorhabens und somit aus der Erschließung sich ergebende Eingriffe in den Straßenkörper ermittelt und die Leistungsfähigkeit des v.g. Knotenpunktes nachgewiesen wurde.	S. Pkt. 2.9/ 4.7	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.5.7	Erfahrungsgemäß wird zur Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs im Zuge der L 855 bei derartigen Vorhaben eine Aufstellfläche für Linksabbieger gemäß „Richtlinien für die Anlage von Stadtstraße – Ausgabe 2006“ kurz „RASt 06“ erforderlich und empfehlenswert.	S. Pkt. 2.9/ 4.7	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.5.8	Der Straßenbauverwaltung dürfen aus dem Vorhaben resultierend keine zusätzlichen Kosten entstehen, d.h. evtl. vorhabenbedingte bauliche/verkehrsregelnde Veränderungen oder Ertüchtigungen an den klassifizierten Straßen/ Knoten-	S. Pkt. 2.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

lfd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	lfd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
		1.5.9	punkten/etc. gehen voll zu Last der Stadt bzw. des Vorhabenträgers. Dies impliziert auch die Unterhaltungsmehraufwendungen. Bitte beteiligen Sie uns am weiteren Verfahren.“	S. Pkt. 2.9	Dem Hinweis wird gefolgt.
1.6	Bezirksregierung Detmold Dezernat 33 (Ländliche Entwicklung und Bodenordnung) Fr. Charlotte Möller Leopoldstraße 15 32756 Detmold 21.03.2023	1.6.1	Hinweise/ Einwände: „die vorgelegte Planung wurde hinsichtlich der Belange der Agrarstruktur, der allgemeinen Landeskultur, des Immissions-schutzes (nur Achtungsabstände nach KAS-18), des Grundwasserschutzes, des Hochwasserschutzes und des kommunalen Abwassers geprüft.	Wird zur Kenntnis genommen.	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.6.2	Als Träger öffentlicher Belange bestehen keine Bedenken.	S. Pkt. 4.6	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.6.3	Hinweise des Dezernates 54 (Wasserwirtschaft) Ansprechpartner Abwasser: Herr Köhler, Tel.: 05231 71-5408	S. Pkt. 4.6	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.6.4	Auf die Vorgaben des § 55 Abs. 2 WHG in Verbindung mit § 44 LWG wird hingewiesen.	S. Pkt. 4.6	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.6.5	Demnach soll Niederschlagswasser ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen.	S. Pkt. 4.6	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.6.6	Niederschlagswasser von Grundstücken, die nach dem 1. Januar 1996 erstmals bebaut, befestigt oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, ist nach Maßgabe des § 55 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes zu beseitigen. Niederschlagswasser, das aufgrund einer nach bisherigem	S. Pkt. 4.6	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

lfd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	lfd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
			Recht zugelassenen Kanalisationsnetzplanung gemischt mit Schmutzwasser einer öffentlichen Abwasserbehandlungsanlage zugeführt wird oder werden soll, ist von der Verpflichtung nach Satz 1 ausgenommen, wenn der technische oder wirtschaftliche Aufwand unverhältnismäßig ist.“ Anregungen: Der TÖB äußert keine Anregungen.		
1.7	Ericsson Services GmbH (Richtfunk-Trassenauskunft) Fr. Heike Peckelhoff 27.02.2023	1.7.1	Einwände/ Hinweise/ Anregungen: „bei den von Ihnen ausgewiesenen Bedarfsflächen hat die Firma Ericsson bezüglich ihres Richtfunks keine Einwände oder spezielle Planungsvorgaben.	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.7.2	Bitte berücksichtigen Sie, dass diese Stellungnahme nur für Richtfunkverbindungen des Ericsson – Netzes gilt. Bitte beziehen Sie, falls nicht schon geschehen, die Deutsche Telekom in Ihre Anfrage mit ein. Richten Sie diese Anfrage bitte an: Deutsche Telekom Technik GmbH Ziegelleite 2-4 95448 Bayreuth richtfunk-trassenauskunft-dttgmbh@telekom.de	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.7.3	Von weiteren Anfragen bitten wir abzusehen.“	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
1.8	Westfalen Weser Netz GmbH: WWN Netzbau Herford Hr. Dietmar Kipp Bielefelder Straße 3 32051 Herford 06.03.2023	1.8.1	Einwände/ Hinweise/ Anregung: „gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen von uns keine Bedenken.	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.8.2	Bitte stimmen Sie das geplante Energiekonzept frühzeitig mit uns ab, um zu klären ob und in welchem Umfang ein Netzausbau der Westfalen Weser Netz GmbH erforderlich ist.“	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
	Nachtrag der Westfalen Weser Netz GmbH Hr. Sascha Gödecke Hr. Nils Korfsmeier 28.03.2023	1.8.3	<p>Einwände/ Hinweise/ Anregung: „vielen Dank für das freundliche Gespräch am 22.03.2023. Wie besprochen möchten wir unsere durch Herrn Kipp am 06.03.2023 abgegebene Stellungnahme ergänzen:</p> <p>Sollte das Energiekonzept in Form einer der bislang vorgeschlagenen Varianten realisiert werden, wäre ggf. zwischen der Stadt Enger und Westfalen Weser Netz GmbH eine Zusatzvereinbarung zu § 2 Abs. 1 Konzessionsvertrag Strom abzuschließen, um die WWN insofern im Verhältnis zur Stadt von der vertraglich vereinbarten Versorgungspflicht zu entbinden. Hiervon unberührt bleibt der gesetzliche Anspruch gem. § 18 EnWG eines jeden Letztverbrauchers auf Anschluss an das Netz der allgemeinen Versorgung bestehen. Es kann also nicht ausgeschlossen werden, dass WWN immer wieder Netzanschlüsse nachverlegen müsste und dementsprechend Arbeiten im Straßenraum stattfinden müssen. Gleiches gilt bei einer Einstellung der Versorgungstätigkeit des privaten Energiedienstleisters.</p> <p>Sollte den an die Quartiersversorgung angeschlossenen Letztverbrauchern rechtlich oder tatsächlich die Möglichkeit genommen werden, sich anstelle der Strombelieferung durch den privaten Energiedienstleister durch einen "normalen" Energielieferanten im Wege der Durchleitung beliefern zu lassen, würde das angedachte Quartiersstromnetz keinen Status als Kundenanlage i.S.d. § 3 Nr. 24a EnWG erhalten können. Da hiervon nicht nur die Stellung des Quartiersstromnetzes als gesetzlich reguliertes Stromnetz, sondern auch die Rechte und Pflichten gegenüber der WWN als dann vorgelagertem Netzbetreiber abhängen, bitten wir um weitere Information hinsichtlich der Konzeptentwicklung.</p> <p>Eine tiefere Stellungnahme ist uns ohne Kenntnis des konkret zu realisierenden Energiekonzeptes leider noch</p>	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

lfd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	lfd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
			nicht möglich. Gern möchten wir uns unterstützend in die weitere Planung einbringen und gemeinsam mit der Stadt und den Investor insbesondere die sich aus der Auswahl des Energiekonzept ergebenden Folgen erörtern.“		
1.9	Westnetz GmbH Spezialservice Gas Hr. Rainer Schmidt Hr. Robert Niggemeyer Florianstraße 15-21 44139 Dortmund 02.03.2023	1.9.1	Hinweise: „wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 27.02.2023 an die Westnetz GmbH, mit dem Sie um Stellungnahme für das Projekt Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 "Vorsteherweg" der Stadt Enger gebeten haben. In dem angegebenen Bereich befinden sich keine Erdgashochdruckleitungen der Westnetz GmbH.	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.9.2	Die o. g. Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf Erdgashochdruckleitungen mit einem Betriebsdruck ≥ 5 bar. Für die eventuell vorhandenen Versorgungsleitungen anderer Druckstufen und Sparten (Strom, Wasser, Fernwärme) erteilt das Regionalzentrum Osnabrück (planauskunft.rzosnabrueck@westnetz.de) eine Stellungnahme. Wir bedanken uns für die Benachrichtigung.“ Einwände/ Anregungen: Der TÖB äußert keine Einwände/ Anregungen.	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
1.10	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 15 Fr. Michelle Ribinski Wolbecker Str. 268 48155 Münster 28.03.2023		Hinweise/ Einwände: „Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:		

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
		1.10.1	Gegen den vorgelegten Bebauungsplan Nr. 95 „Vorsteherweg“ bestehen grundsätzlich keine Einwände.	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.10.2	Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich sind. Diese versorgen die vorhandene Bebauung. Ich gehe davon aus, dass die Telekommunikationslinien punktuell gesichert, aber unverändert in ihrer Trassenlage verbleiben können. Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.10.3	Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse so weit freigehalten, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.10.4	Weitere Kabelauskünfte erhalten Sie unter der E-Mail-Adresse Planauskunft.West1@telekom.de oder im Internet unter https://trassenauskunftkabel.telekom.de Anregungen: Der TÖB äußert keine Anregungen.	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
1.11	Kreis Herford: Umwelt, Planen und Bauen		Hinweise/ Einwände/ Anregungen: „nach Abstimmung mit den Dienststellen innerhalb meines		

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
	Ilka Schwarzenberg Amtshausstraße 2 32051 Herford 30.03.2023	- 1.11.1 1.11.2 1.11.3	Hauses (untere Naturschutz-, Wasser-, Abfallwirtschafts- Bodenschutz- und Immissionsschutzbehörde) gebe ich folgende Stellungnahme ab: Hinsichtlich der 10. Änderung des Flächennutzungsplans bestehen keine Bedenken. Zu der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 95 „Vorsteherweg“ nehme ich wie folgt Stellung: Die beabsichtigte Planung wird von mir mit den dargestellten städtebaulichen Gründen mitgetragen. Gegen den Entwurf des Bebauungsplans bestehen hinsichtlich § 1 Abs. 4 BauGB (Ziele der Raumordnung) keine Bedenken. Der Planungsbereich ist im Regionalplan als Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt. Aus Sicht der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde werden nach § 5 LPIG keine Bedenken erhoben. Dem Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB wird aufgrund der geplanten Darstellungen im Flächennutzungsplan Rechnung getragen. Aus der Sicht des Immissionsschutzes bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen die vorgestellte Planung. Das Gebiet soll vollständig mit einer Festsetzung als WA – allgemeines Wohngebiet- entwickelt werden. Im Hinblick auf die weit verbreitete Nutzung von lärmemittierenden Wärmepumpen im Wohngebiet ist aus immissionsschutzrechtlicher Sicht eine Festsetzung als WA auch der eines WR- reinen Wohngebietes- aufgrund der damit verbundenen strengeren Immissionsrichtwerten vorzuziehen.	(s. FNP) S. Pkt. 2.8 S. Pkt. 2.8 S. Pkt. 4.1	(s. FNP) Kein Beschlussvorschlag zu formulieren. Kein Beschlussvorschlag zu formulieren. Auf die anderweitig vorgenommene Anpassung wird hingewiesen. Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
		1.11.4	<p>Im näheren Umfeld des geplanten Baugebietes sind mir – mit Ausnahme der im GeoViewer aufgeführten Werkstatt Jöllenbecker Straße 219- keine gewerblichen oder landwirtschaftlichen Nutzungen bekannt, für die die geplante Wohnbebauung einen heranrückenden Immissionsort darstellen würde.</p>	S. Pkt. 4.1	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.11.5	<p>Bezüglich der Werkstatt Jöllenbecker Straße 215 sollte für das Grundstück Nr. 2 im Gestaltungsplan V2A (Teil aus Flurstück 703) möglichst im Vorfeld, spätestens aber bei der Beantragung der Baugenehmigung geprüft werden, ob es durch die vorhandene Werkstatt zu Überschreitungen der Immissionsrichtwerte eines WA nach TA Lärm mit 55/40 dB(A) tags/ nachts kommen kann.</p>	S. Pkt. 4.6	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.11.7	<p>Aus der Sicht der Wasserwirtschaft bestehen keine Bedenken hinsichtlich der Planung.</p> <p>Die Entwässerungsplanung wurde zwischen der Antragstellerin, dem Fachplaner und der unteren Wasserbehörde hinreichend abgestimmt.</p>	S. Pkt. 4.6	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.11.8	<p>Am südöstlichen und südwestlichen Rand des Geltungsbereichs des B-Plans befinden sich zwei Nebengewässer des Jöllenbecker Mühlenbachs. Bauliche Anlagen müssen einen Mindestabstand vom 5 m zum Mittelwasserstand dieser Gewässer einhalten. Die Baugrenze ist mehr als 5 m vom Mittelwasserstand entfernt; insofern wird der Mindestabstand eingehalten. Auch der Wildschutzzaun und der das RRB umgebende Zaun halten einen ausreichenden Abstand zum südöstlich verlaufenden Nebengewässer ein.</p>	S. Pkt. 3.2	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.11.8	<p>Zum Zwecke der Niederschlagsentwässerung ist die Neuerrichtung einer Einleitungsstelle vorgesehen. Über ein vorgeschaltetes RRB wird das Niederschlagswasser gedrosselt</p>	S. Pkt. 3.2	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
			auf den heute aus dem Gebiet abfließenden natürlichen Landabfluss in das südöstliche Nebengewässer des Jöllensbecker Mühlenbachs eingeleitet. Die Einleitungsstelle soll laut vorheriger Absprache zwischen der Antragstellerin und der unteren Wasserbehörde an einer strukturell bereits beeinträchtigten Stelle am Gewässer errichtet werden, wo sich gegenwärtig eine Überfahrt mit Durchlass befindet.		
		1.11.9	Laut den vorgelegten Unterlagen ist beabsichtigt, die Schmutzwasserkanalisation unter einem oberirdischen Gewässer zu Dükern. Für diese Gewässerkreuzung muss eine Genehmigung für Anlagen in, an, über oder unter dem oberirdischen Gewässer gemäß § 22 Landeswassergesetz NRW bei der unteren Wasserbehörde des Kreises Herford beantragt werden.	S. Pkt. 4.6	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.11.10	Durch das Anlegen eines Gehölzsaumes mit Wildschutzaun entlang des südöstlichen Randes des B-Plan-Gebiets wird dem Ablagern von Abfällen im bzw. am südöstlich verlaufenden Gewässer vorgebeugt. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht sind ebenfalls Maßnahmen sinnvoll, um das Ablagern von Abfällen im bzw. am Gewässer südwestlich des Plangebiets zu verhindern.	S. Pkt. 3.2	Der Anregung wird teilweise gefolgt. Eine durchgängige Heckenpflanzung (s. Festsetzung 10.2) wird festgesetzt.
		1.11.11	Aus der Sicht der unteren Naturschutzbehörde bestehen zum jetzigen Zeitpunkt keine Bedenken. Der Umweltbericht und ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag sowie die Eingriffsbewertung und –bilanzierung werden im weiteren Verlauf des Verfahrens erstellt.	S. Pkt. 3.2	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.11.12	Hinsichtlich der beiden vorgestellten Varianten erscheint aufgrund des größeren Abstandes der überbaubaren Flächen zum Siekbereich die Variante 1 als die bessere Alternative.	S. Pkt. 3.2	Der Anregung wird gefolgt. Variante 1 bildet die Grundlage für den Entwurf.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
		1.11.13	<p>Der Naturschutzbeirat ist zu beiden Bauleitplanverfahren beteiligt worden. Im Ergebnis werden folgende Punkte angeregt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Bebauung muss einen größeren Abstand zum Siek einhalten. • Die Fläche entlang des Sieks muss in das Eigentum der öffentlichen Hand überführt werden. • Zu Pflegezwecken ist ein drei Meter breiter Grasweg entlang des Sieks vorzusehen. • Die Flächenversiegelung ist zu minimieren, u.a. durch Planung der Erschließungsstraße als Einbahnstraße. • Die Kompensationsmaßnahmen sind vor Ort als Schutzstreifen zu Siek in der Form eines Waldrandes vorzusehen. • Der Wald im Siekbereich und der neu anzulegende Wald sind im B-Plan als Waldfläche festzusetzen. <p>Der Beirat lehnt die vorgelegte Planung ab.</p> <p>Unter der Voraussetzung, dass die vorstehenden Punkte umgesetzt werden, stellt der Naturschutzbeirat seine Zustimmung mit der nachfolgenden Abstimmung einstimmig in Aussicht.</p>	S. Pkt. 2.7, 3.2, 3.4, 4.7	<p>Den Anregungen wird teilweise gefolgt. Überbaubare Fläche im WA2 wird in ihrer Tiefe verringert und vom Siek abgerückt (s. Planzeichnung). Der Abstand wird damit um etwa 3 m vergrößert. Die südöstliche Siekstruktur (Wald, einschl. geschützten Landschaftsbestandteil) wird künftig in das Eigentum der Stadt Enger übertragen. Hier wird der drei Meter breite Wiesenweg (s. Festsetzung 11.2) entwickelt. Die Einbahnstraßenregelung wird nach Prüfung abgelehnt. Um die Versiegelung der Gebietsfläche gering zu halten, wird eine Festsetzung zur Begrünung und wasserdurchlässige Gestaltung von Vorgartenzonen (s. Festsetzung 10.1) festgesetzt. Ein vollständiger Waldrand wird nicht ausgebildet. Der Gehölzbestand im Bereich des geschützten Landschaftsbestandteils wird als Wald festgesetzt (s. Festsetzung 9.1).</p>
		1.11.14	<p>Aus der Sicht des Brandschutzes bestehen keine Bedenken gegen die Planung. Es wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinden Maßnahmen zur Verhütung von Bränden treffen. Die Gemeinden stellen eine den örtlichen Verhältnissen</p>	S. Pkt. 4.8	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
		1.11.15	<p>angemessene Löschwasserversorgung sicher. Stellt die Bauaufsichtsbehörde auf der Grundlage einer Stellungnahme der zuständigen Brand-schutzdienststelle fest, dass im Einzelfall wegen einer erhöhten Brandlast oder Brandgefährdung eine besondere Löschwasserversorgung und –rückhaltung erforderlich ist, hat hierfür die Eigentümerin oder der Eigentümer, die Besitzerin oder der Besitzer oder ein sonstiger Nutzungsberechtigter Sorge zu tragen (§ 3 Abs. 2 BHKG).</p> <p>1. Löschwasserversorgung</p> <p>Siedlungsgebiete / Wohngebiete Der Löschwasserbedarf für den Grundschutz ist bei niedriger, in der Regel freistehender Bebauung (bis drei Vollgeschossen) mit 800 l/min (48m³/h) und bei sonstiger Bebauung mit mindestens 1600 l/min (96 m³/h) und für die Dauer von mindestens zwei Stunden zu bemessen (DVGW Arbeitsblatt W405).</p> <p>Zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung in Wohngebieten mit Gebäuden bis zu drei Vollgeschossen ist ein Grundschutz von 48 m³/h für den Zeitraum von zwei Stunden aus dem öffentlichen Hydrantennetz sicherzustellen. Sollten Gebäude mit mehr als drei Vollgeschossen errichtet werden, dann ist ein Grundschutz von 96 m³/h für den Zeitraum von zwei Stunden erforderlich. Entnahmestellen mit 400 l/min (24m³/h) sind vertretbar, wenn die gesamte Löschwassermenge des Grundschutzes in einem Umkreis (Radius) von 300 m aus maximal zwei Entnahmestellen sichergestellt wird.</p> <p>2. Zuwegungen Zuwegungen sind so herzustellen, dass sie für Fahrzeuge der Feuerwehr nutzbar sind. Hier ist insbesondere der Kur-</p>	S. Pkt. 4.8	Der Anregung wird teilweise gefolgt.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
		1.11.16	venradius zu beachten (§5 BauO NRW 2018, Muster-Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr 2009-10).	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.11.17	<p>Aus der Sicht der Abfallwirtschaft bestehen zum jetzigen Zeitpunkt keine Bedenken gegen das geplante Vorhaben.</p> <p>Für die weitere Erarbeitung des Bebauungsplans, insbesondere der Umweltprüfung, bitte ich folgende Punkte in besonderer Weise zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das geplante Vorhaben befindet sich nach derzeitigem Kenntnisstand nicht im Einzugsbereich einer Altlast oder schädlichen Bodenveränderung (Stand: 27.03.2023). • Laut BK 50 liegen keine schützenswerten Böden vor (Bodentyp: Pseudogley, Hauptbodenart nach BBodSchV: Lehm/Schluff). Diese sind jedoch sehr verdichtungsempfindlich und anfällig für Erosion durch Wasser. • Mit einem Staunässegrad Stufe 3 (staunass) ist für die Versickerung eine Bewirtschaftung mit gedrosselter Ableitung (Versickerungsanlagen, Mulden-Rigolen-Systeme, Speichersysteme) angeraten. • Die Versiegelung von Flächen im Plangebiet ist aus Sicht des Bodenschutzes auf das geringstmögliche Maß zu reduzieren. 	S. Pkt. 2.7, 3.7	<p>Den Hinweisen wird überwiegend gefolgt:</p> <p>Die Informationen zu Altlast und BK 50 wird zur Kenntnis genommen und im Umweltbericht ausgeführt. Hinsichtlich der Versickerung wurde ergänzend eine Baugrunduntersuchung durchgeführt. Am vorgesehenen Regenrückhaltebecken wird festgehalten.</p> <p>Zugunsten einer möglichst niedrigen Versiegelung wird eine Festsetzung zur Begrünung und wasserdurchlässigen Vorgartengestaltung (s. Festsetzung 10.1) aufgenommen.</p>
		1.11.18	<p>Zur angemessenen Beachtung der Bodenschutzbelange ist ein Bodengutachten zu erstellen, damit insbesondere folgende Punkte bearbeitet werden können:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auswirkungen, vorhabenbezogene zu erwartende Beeinträchtigungen der Bodenqualität und der Funktionserfüllung • Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen mit konkreter Beschreibung der geplanten Maßnahmenumsetzung • räumliche Darstellung der baubegleitenden Bodenschutzmaßnahmen 	S. Pkt. 3.7	<p>Der Anregung wird teilweise gefolgt. Eine Baugrunduntersuchung wurde durchgeführt. Der Umweltbericht behandelt das Schutzgut Boden und greift u. a. die Bodenfunktionen auf. Im Umweltbericht werden außerdem Hinweise zur Minimierung der Beeinträchtigung formuliert. Die räumliche Darstellung der baubegleitenden Boden-</p>

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
		1.11.19	Unabhängig davon halte ich es für erforderlich, die folgenden Festsetzungen/Hinweise im Bebauungsplan zu berücksichtigen: 1. Werden bei Erdarbeiten, insbesondere bei Ausschachtungsarbeiten, auffällige Gerüche oder Verfärbungen des Bodens oder Abfallstoffe vorgefunden, sind die Bauarbeiten einzustellen und die Bodenschutzbehörde des Kreises Herford umgehend hierüber zu informieren. 2. Für Vorhaben im Plangebiet, einschließlich der Errichtung der Anlagen zur Erschließung des Gebietes, ist eine bodenkundliche Baubegleitung nach DIN 19639 vorzusehen, um eine Verschlechterung der Bodenqualität und dessen Funktionen auszuschließen. Das Ergebnis der gutachterlichen Begleitung ist der Bodenschutzbehörde des Kreises Herford unaufgefordert vorzulegen.“	S. Pkt. 3.7	Schutzmaßnahmen erfolgt voraussichtlich zu einem späteren Zeitpunkt. Den Anregungen wird vorwiegend gefolgt. Hinweise 1 u. 9 werden ergänzt.
1.12	Landesbetrieb Wald und Holz NRW Regionalforstamt Ostwestfalen-Lippe Hr. Michael Schulz - Keine Anschrift - 30.03.2023	1.12.1	Anregungen/ Einwände/ Hinweise: „forstbehördliche Belange sind durch die 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes nicht direkt betroffen, da der Geltungsbereich des Planverfahrens den südlich angrenzenden Waldbereich ausspart. Hingegen sind forstbehördliche Belange durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ betroffen, da in den südlichen Geltungsbereich Wald hineinreicht.	S. Pkt. 3.2	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
		1.12.2	Die plangebietsseitige Neupflanzung einer freistehenden, zwei Meter breiten Wildstrauchhecke, die aus bewehrten, standortgerechten heimischen Laubgehölzen besteht und für die ein Erhaltungsgebot festgesetzt wird, wird seitens der Forstbehörde, als Maßnahme zur Entwicklung eines Waldmantels, begrüßt. Auch der temporäre Wildschutzzaun zum	S. Pkt. 3.2	Dem Hinweis wird vorwiegend gefolgt. Allgemeine Anpassungen d. Planung: Festsetzung eines langfristigen anstatt kurzfristigen Zauns (s. 11.2), Anpassung Artenauswahl

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
		1.12.3	<p>Schutz der zweireihigen Pflanzung ist eine nützliche Maßnahme, der uneingeschränkt zugestimmt werden kann.</p> <p>Die mit dem Wildschutzzaun angestrebte klare Abgrenzung zwischen Wald und Baugrundstücken erscheint nur gegeben, wenn der Wildschutzzaun entlang der Baugrundstücksgrenzen zwischen Wald und Baugrundstück verläuft. Wenn sich der Wald auf den geplanten Baugrundstücken befindet, kann der Wald nicht von diesen Baugrundstücken abgegrenzt werden. Das ist nicht stringent. Sofern die Baugrundstücksgrenzen nicht vor dem Wald verlaufen, wäre der Wildschutzzaun eine Abgrenzung zwischen Wildstrauchhecke und Hecke innerhalb der Baugrundstücke.</p> <p>Die späteren Grundstückseigentümer und -eigentümerinnen müssten durch ihre Hecke, anschließend durch den Wildschutzzaun und dann auch noch durch die dornige Wildstrauchhecke, um in ihre Waldflächen zu gelangen. Das ist für die Durchführung von Tätigkeiten im Bereich der Waldpflege und ggf. Holzernte eine deutliche Erschwernis, insbesondere, wenn der Fällbereich der Bäume von diesen drei Barrieren durchzogen wird. Da die Baugrundstücksgrenzen bis in den Wald hineinreichen, der Wald aber durch zwei Hecken und zeitweise einem Zaun abgeschirmt werden soll, stellt sich die die Frage, ob die Baugrundstücksgrenzen nicht vor dem Zaun verlaufen sollten.</p>	S. Pkt. 3.2	<p>Hecke (s. 10.2)</p> <p>Der Anregung wird vorwiegend gefolgt. Wald wird festgesetzt (s. Festsetzung 9.1) und geht in öffentliche Hand über. Der Zaun verläuft entlang der Baugrundstücksgrenzen auf der Fläche der öffentlichen Hand (s. Festsetzung 11.2). Zusätzlich wird im südwestlichen Bereich, für den nun eine private Grünfläche angesetzt ist, ausschließlich eine Hecke festgesetzt (s. Festsetzung 10.2).</p>
		1.12.4	<p>Die Pflanzung der Wildstrauchhecke soll entlang einer Linie vor den Baumkronen verlaufen. In den Vorentwurfskarten und im Vergleich mit dem Luftbild liegt ein großer Anteil des geplanten Verlaufs tatsächlich unter den Baumkronen. Die Karten sollten den textlichen Ausführungen folgen.</p>	S. Pkt. 3.2	<p>Der Anregung wird teilweise gefolgt. Planzeichnung und Texte werden überarbeitet. Die Deckungsgleichheit wird hergestellt.</p>
		1.12.5	<p>Die Festsetzung einer einreihigen, ein Meter breiten, durchgängigen Hecke auf den privaten Baugrundstücken wird</p>	S. Pkt. 3.2	<p>Der Anregung wird teilweise gefolgt. Die zweite Hecke wird zu-</p>

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
		-	<p>ebenfalls als eine weitere sinnvolle Maßnahme erachtet. Der Vorgabe, dass es sich dabei um eine Laubhecke handeln soll, kann kein besonderer Mehrwert abgewonnen werden. Hier könnte mehr auf eine Funktion, die die Hecke zusätzlich erfüllen soll eingegangen werden. Soll die Hecke ökologisch relevante Aspekte aufweisen, wie heimischen Tieren dienende Blüten oder Früchte bieten oder soll sie wintergrün sein, damit sie ganzjährig als Sicht- und Immissionsschutz fungiert. Eine Hecke aus dem Nadelgehölz Europäische Eibe (<i>Taxus baccata</i>) kann ökologisch als wesentlich besser beurteilt werden als z. B. eine Laubhecke aus Lorbeerkirsche (<i>Prunus laurocerasus</i>).</p> <p>Der Verzicht die Waldfläche in das Plangebiet der 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes miteinzubeziehen und diese Fläche ebenda als Wald festzusetzen, wodurch der Schutz und Erhalt des Waldes eine besondere Berücksichtigung finden würde, steht den geplanten Absichten zum Schutz des Waldes tendenziell entgegen und kann nicht nachvollzogen werden.</p>	(s. FNP)	<p>gunsten des Wiesenstreifens zurückgenommen. Für die festgesetzte Hecke wird eine Auswahlliste (s. Festsetzung 10.2) unter Berücksichtigung folgender Funktionen/ Aspekte definiert: Ökologischer Mehrwert, Artenvielfalt, Lage in Privatgärten, Vermeidung Florenverfälschung.</p> <p>(s. FNP)</p>
		1.12.6	Nach dem Baugesetzbuch (§ 8 Abs. 2 BauGB) soll sich der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickeln. Auf Grund der fehlenden vollständigen Deckungsgleichheit der Plangebietsflächen, kann dem nicht gänzlich nachgekommen werden.	S. Pkt. 2.8	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Plangebietsgrenzen der 10. Flächennutzungsplanteiländerung werden Richtung Süd-Osten und Süd-Westen angepasst.
		1.12.7	In den Planunterlagen zum Bebauungsplan muss die Darstellung der Waldfläche mit dem Planzeichen für „Flächen für Wald“ (§ 9 Abs. 1 Nr. 18. b) BauGB i.V.m. § 2 PlanZV) zeichnerisch festgesetzt werden.	S. Pkt. 3.2	Der Anregung wird gefolgt. Im Bebauungsplan wird „Flächen für Wald“ festgesetzt (s. Festsetzung 9.1).
		1.12.8	Ich bitte um weitere Beteiligung im Planverfahren. Für Rückfragen stehe ich zur Verfügung.“	S. Pkt. 2.9	Dem Hinweis wird gefolgt. Der Landesbetrieb Wald und Holz NRW wird weiterhin beteiligt.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
		1.14.2	<p>es wahrscheinlich auch im Plangebiet auf Siedlungsreste jener Zeit zu stoßen. Zudem liegt die zu bebauende Fläche unmittelbar oberhalb eines Quellmuldenbereichs auf einem leicht Richtung Südosten abfallendem Hang mit fruchtbarem Schluffboden. Derartige Gunstareale sind während der gesamten Urgeschichte bevorzugt genutzt worden, sodass an dieser Stelle auch mit Resten einer Besiedelung zu rechnen ist, die über die Eisenzeit hinausgeht.</p> <p>Die in Ihrem Plangebiet vorgesehenen Bodeneingriffe betreffen somit gem. § 2 Abs. 5 DSchG NRW ein vermutetes Bodendenkmal, das bei öffentlichen Planungen und Maßnahmen genauso zu behandeln ist wie eingetragene Bodendenkmäler.</p> <p>Um dem nachzukommen und im Genehmigungsverfahren zur Betroffenheit von Bodendenkmälern Stellung nehmen zu können, sind der Fundbereich und die daran angrenzenden Bereiche, dort wo Bodeneingriffe im Rahmen des Vorhabens geplant sind, durch Baggersondagen näher zu überprüfen, um den Zustand des Untergrundes sowie die Erhaltung und Ausdehnung bzw. Abgrenzung des zunächst vermuteten Bodendenkmals -und damit auch die Relevanz für das weitere Verfahren – zu klären. Durch dieses Vorgehen ließe sich bereits frühzeitig Planungssicherheit herstellen. Auf Grundlage der Ergebnisse der Sachstandsermittlung würde sich abschließend beurteilen lassen, ob bzw. inwieweit den jeweiligen Planungen Belange des Bodendenkmal-schutzes entgegenstehen und eine planerische Rücksichtnahme erforderlich machen.</p> <p>Beim Auftreten erhaltenswerter Bodendenkmalssubstanz ist diese ggf. in-situ zu konservieren und/oder in den Neubau einzubeziehen.</p>	S. Pkt. 3.7	Der Anregung wird gefolgt. Für die Baggersondage wird ein Zeitfenster im Rahmen der Bauausführung eingeplant. Entsprechend wird Hinweis 2 im Bebauungsplanentwurf aufgenommen.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
			<p>Die Baggersondagen sind von einer vom Bauherrn/Veranlasser zu beauftragenden archäologischen Fachfirma durchzuführen, die im Vorfeld der Maßnahme bei der zuständigen Oberen Denkmalbehörde eine Grabungserlaubnis gemäß § 15 Abs. 1 DSchG NRW einzuholen hat.</p> <p>Eine – unvollständige – Liste von archäologischen Fachfirmen werden wir dem Vorhabenträger zur Verfügung stellen. Die Ausarbeitung einer Leistungsbeschreibung für die zu beauftragende Fachfirma würden wir in Absprache mit dem Vorhabenträger leisten. Wir bitten den Vorhabenträger daher, sich frühzeitig mit uns in Verbindung zu setzen (LWL-Archäologie für Westfalen/Außenstelle Bielefeld, Am Stadtholz 24a, 33609 Bielefeld, Tel.: 0521 52002-50, E-Mail: lwl-archaeologie-bielefeld@lwl.org).</p> <p>Für die Baggersondagen ist ein Kettenbagger mit einer mindestens 2 m breiten Böschungsschaufel inkl. Fahrer erforderlich. Der Oberbodenabtrag wird im rückwärtigen Verfahren durchgeführt. Für die weiteren Planungen ist daher zu beachten, dass einmal geöffnete Flächen nicht mehr mit Baufahrzeugen befahren werden dürfen, sofern dort archäologische Befunde aufgedeckt wurden; letztere würden durch das Befahren zerstört und müssten zunächst durch die archäologische Fachfirma ausgegraben bzw. untersucht werden.</p> <p>Die Kostentragungspflicht für die Baggersondagen und eine ggf. anschließende Ausgrabung fällt aufgrund des „Veranlasserprinzips“ gem. § 27 Abs. 1 DSchG NRW dem Vorhabenträger zu.</p> <p>Ein entsprechendes Zeitfenster für die Baggersondagen und eine ggf. anschließende Ausgrabung sind im Bauablauf einzuplanen.</p>		

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

lfd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	lfd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
			Für Rückfragen stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.“		
1.15	Stadt Spenge Fachbereich II - Stadtentwicklung, Infrastruktur, Bauen Hr. Herklotz Lange Straße 52 – 56 32139 Spenge 22.03.2023	1.15.1	Anregungen/ Einwände/ Hinweise: „ich bedanke mich für die Beteiligung an dem o.g. Bauleitplanverfahren. Die Belange der Stadt Spenge werden durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 "Vorsteherweg" der Stadt Enger nicht berührt. Anregungen werden nicht vorgebracht.“	S. Pkt. 2.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
1.16	Stadtwerke Herford GmbH Hr. Björn Pipa Werrestraße 103 32049 Herford 31.03.2023	1.16.1 1.16.2	Einwände/ Hinweise: „hinsichtlich des o. g. Bebauungsplanes bestehen von Seiten der Stadtwerke Herford GmbH keinerlei Einwände. Sollten Leitungsumlegungen erforderlich sein, gehen die hierfür anfallenden Kosten zu Lasten des Veranlassers. Für Rückfragen steht Ihnen Herr Pipa unter der o.g. Telefonnummer gern zur Verfügung.“ Anregungen: Der TÖB äußert keine Anregungen.	S. Pkt. 4.9 S. Pkt. 4.6, 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren. Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
1.17	Stadt Enger: Wirtschaftsbetriebe Fred Beckmann - Keine Anschrift - 05.04.2023	1.17.1 1.17.2 1.17.3	Anregungen/ Hinweise: „Zu den Entwürfen für den Bebauungsplan 95 gibt es seitens der WBSE eine Anregung hinsichtlich der Stichwege in Planvariante 2: Alle Stichwege sollten eine Mindestbreite von 5,5 m haben. Hinsichtlich der Wasserversorgung sind die entsprechende Erweiterung und die Anbindung an das bestehende Netz möglich. Vor der Realisierung des Vorhabens sind die wasserrechtlich erforderlichen Genehmigungen und Einleitungserlaubnisse einzuholen.“ Einwände: Der TÖB äußert keine Einwände.	S. Pkt. 4.7 S. Pkt. 4.6 S. Pkt. 4.6	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren. Kein Beschlussvorschlag zu formulieren. Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
----------	---	----------	---------------------------------	---------------------------	--------------------

2. Stellungnahmen zur 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger

2.1	Stadt Bielefeld Bauamt, Technisches Rathaus Reiner Meyerhoff August-Bebel-Straße 92 33597 Bielefeld 15.03.2023	2.1.1	Einwände/ Anregungen: „aus Sicht der Stadt Bielefeld bestehen weder Anregungen noch Bedenken zu den oben genannten Bauleitplänen der Stadt Enger.“ Hinweise: Der TÖB äußert keine Hinweise	S. Pkt. 2.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
2.3	Landesbetrieb Wald und Holz NRW Regionalforstamt Ostwestfalen-Lippe Hr. Michael Schulz - Keine Anschrift - 30.03.2023	2.3.1 - -	Anregungen/ Einwände/ Hinweise: „forstbehördliche Belange sind durch die 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes nicht direkt betroffen, da der Geltungsbereich des Planverfahrens den südlich angrenzenden Waldbereich ausspart. Hingegen sind forstbehördliche Belange durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ betroffen, da in den südlichen Geltungsbereich Wald hineinreicht. Die plangebietsseitige Neupflanzung einer freistehenden, zwei Meter breiten Wildstrauchhecke, die aus bewehrten, standortgerechten heimischen Laubgehölzen besteht und für die ein Erhaltungsgebot festgesetzt wird, wird seitens der Forstbehörde, als Maßnahme zur Entwicklung eines Waldmantels, begrüßt. Auch der temporäre Wildschutzzaun zum Schutz der zweireihigen Pflanzung ist eine nützliche Maßnahme, der uneingeschränkt zugestimmt werden kann. Die mit dem Wildschutzzaun angestrebte klare Abgrenzung zwischen Wald und Baugrundstücken erscheint nur gegeben, wenn der Wildschutzzaun entlang der Baugrundstücksgrenzen zwischen Wald und Baugrundstück verläuft. Wenn sich der Wald auf den geplanten Baugrundstücken befindet, kann der Wald nicht von diesen Baugrundstücken abgegrenzt werden. Das ist nicht stringent. Sofern die Baugrundstücksgrenzen nicht vor dem Wald verlaufen, wäre	S. Pkt. 3.2 (s. B-Plan) (s. B-Plan)	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren. (s. B-Plan) (s. B-Plan)

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
		-	<p>der Wildschutzzaun eine Abgrenzung zwischen Wildstrauchhecke und Hecke innerhalb der Baugrundstücke.</p> <p>Die späteren Grundstückseigentümer und -eigentümerinnen müssten durch ihre Hecke, anschließend durch den Wildschutzzaun und dann auch noch durch die dornige Wildstrauchhecke, um in ihre Waldflächen zu gelangen. Das ist für die Durchführung von Tätigkeiten im Bereich der Waldpflege und ggf. Holzernte eine deutliche Erschwernis, insbesondere, wenn der Fällbereich der Bäume von diesen drei Barrieren durchzogen wird. Da die Baugrundstücksgrenzen bis in den Wald hineinreichen, der Wald aber durch zwei Hecken und zeitweise einem Zaun abgeschirmt werden soll, stellt sich die die Frage, ob die Baugrundstücksgrenzen nicht vor dem Zaun verlaufen sollten.</p>		
		-	<p>Die Pflanzung der Wildstrauchhecke soll entlang einer Linie vor den Baumkronen verlaufen. In den Vorentwurfskarten und im Vergleich mit dem Luftbild liegt ein großer Anteil des geplanten Verlaufs tatsächlich unter den Baumkronen. Die Karten sollten den textlichen Ausführungen folgen.</p>	(s. B-Plan)	(s. B-Plan)
		-	<p>Die Festsetzung einer einreihigen, ein Meter breiten, durchgängigen Hecke auf den privaten Baugrundstücken wird ebenfalls als eine weitere sinnvolle Maßnahme erachtete. Der Vorgabe, dass es sich dabei um eine Laubhecke handeln soll, kann kein besonderer Mehrwert abgewonnen werden. Hier könnte mehr auf eine Funktion, die die Hecke zusätzlich erfüllen soll eingegangen werden. Soll die Hecke ökologisch relevante Aspekte aufweisen, wie heimischen Tieren dienende Blüten oder Früchte bieten oder soll sie wintergrün sein, damit sie ganzjährig als Sicht- und Immissionschutz fungiert. Eine Hecke aus dem Nadelgehölz Europäische Eibe (<i>Taxus baccata</i>) kann ökologisch als wesentlich besser beurteilt werden als z. B. eine Laubhecke</p>	(s. B-Plan)	(s. B-Plan)

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
		2.3.2	aus Lorbeerkirsche (<i>Prunus laurocerasus</i>). Der Verzicht die Waldfläche in das Plangebiet der 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes miteinzubeziehen und diese Fläche ebenda als Wald festzusetzen, wodurch der Schutz und Erhalt des Waldes eine besondere Berücksichtigung finden würde, steht den geplanten Absichten zum Schutz des Waldes tendenziell entgegen und kann nicht nachvollzogen werden.	S. Pkt. 2.8	Der Anregung wird gefolgt. Im FNP wird ein Waldfläche festgesetzt.
		2.3.3	Nach dem Baugesetzbuch (§ 8 Abs. 2 BauGB) soll sich der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickeln. Auf Grund der fehlenden vollständigen Deckungsgleichheit der Plangebietsflächen, kann dem nicht gänzlich nachgekommen werden.	S. Pkt. 2.8	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Plangebietsgrenzen der 10. Flächennutzungsplanteiländerung werden Richtung Süd-Osten und Süd-Westen angepasst.
		-	In den Planunterlagen zum Bebauungsplan muss die Darstellung der Waldfläche mit dem Planzeichen für „Flächen für Wald“ (§ 9 Abs. 1 Nr. 18. b) BauGB i.V.m. § 2 PlanZV) zeichnerisch festgesetzt werden.	(s. B-Plan)	(s. B-Plan)
		2.3.4	Ich bitte um weitere Beteiligung im Planverfahren. Für Rückfragen stehe ich zur Verfügung.“	S. Pkt. 2.9	Dem Hinweis wird gefolgt. Der Landesbetrieb Wald und Holz NRW wird weiterhin beteiligt.
2.4	LWL - Archäologie für Westfalen Außenstelle Bielefeld Hr. Sebastian Düvel Hr. Sven Spiong Am Stadtholz 24a 33609 Bielefeld 28.03.2023	-	(Für Bebauungsplan und Teiländerung des Flächennutzungsplans ist eine gemeinsame Stellungnahme eingegangen. Alle darin aufgeführten Inhalte werden bereits unter 1.14 dargestellt)	(s. B-Plan)	(s. B-Plan)

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

lfd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	lfd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
2.5	Stadtwerke Herford GmbH Hr. Björn Pipa Werrestraße 103 32049 Herford 31.03.2023	-	(Für Bebauungsplan und Teiländerung des Flächennutzungsplans ist eine gemeinsame Stellungnahme eingegangen. Alle darin aufgeführten Inhalte werden bereits unter 1.16 dargestellt)	(s. B-Plan)	(s. B-Plan)
2.6	Bezirksregierung Detmold Dezernat 33 (Ländliche Entwicklung und Bodenordnung) Fr. Charlotte Möller Leopoldstraße 15 32756 Detmold 21.03.2023	-	(Für Bebauungsplan und Teiländerung des Flächennutzungsplans sind identische Stellungnahmen eingegangen. Alle Inhalte werden bereits unter 1.6 dargestellt)	(s. B-Plan)	(s. B-Plan)
2.7	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 15 Fr. Michelle Ribinski Wolbecker Str. 268 48155 Münster 28.03.2023	2.7.1 2.7.2	Einwände/ Hinweise: „Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Gegen die vorgelegte 10. Änderung des Flächennutzungsplanes „Vorsteherweg“ bestehen keine Einwände. Im angegebenen Planbereich betreibt die Telekom keine Telekommunikationslinien, wie aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich ist.“ Anregungen: Der TÖB äußert keine Anregungen.	S. Pkt. 4.9 S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren. Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
2.8	Ericsson Services GmbH (Richtfunk-Trassenauskunft) Fr. Heike Peckelhoff - Keine Anschrift - 27.02.2023	-	(Für Bebauungsplan und Teiländerung des Flächennutzungsplans sind identische Stellungnahmen eingegangen. Alle Inhalte werden bereits unter 1.7 dargestellt)	(s. B-Plan)	(s. B-Plan)
2.9	Evangelische Kirche von Westfalen Landeskirchenamt BKD Fr. Dörte Lippold Fr. Niemann Altstädter Kirchplatz 5 33602 Bielefeld 07.03.2023	2.9.1	Einwände: „gegen die obengenannte Planung bestehen keine Bedenken.“ Anregungen/ Hinweise: Der TÖB äußert keine Anregungen/ Hinweise.	S. Pkt. 2.1	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
2.10	Geologischer Dienst NRW Landesbetrieb Hr. Christian Dieck De-Greif-Strasse 195 47803 Krefeld 23.03.2023	-	(Für Bebauungsplan und Teiländerung des Flächennutzungsplans sind inhaltlich identische Stellungnahmen eingegangen. Alle Inhalte werden bereits unter 1.1 dargestellt)	(s. B-Plan)	(s. B-Plan)
2.11	Kreis Herford: Umwelt, Planen und Bauen Ilka Schwarzenberg Amtshausstraße 2 32051 Herford 30.03.2023	2.11.1	(Für Bebauungsplan und Teiländerung des Flächennutzungsplans sind identische Stellungnahmen eingegangen. Die Inhalte werden überwiegend bereits unter 1.11 dargestellt. Nachfolgend werden nur die dort ausgelassenen Aspekte aufgeführt) Hinweise/ Einwände/ Anregungen: „nach Abstimmung mit den Dienststellen innerhalb meines Hauses (untere Naturschutz-, Wasser-, Abfallwirtschafts- Bodenschutz- und Immissionsschutzbehörde) gebe ich folgende Stellungnahme ab: Hinsichtlich der 10. Änderung des Flächennutzungsplans	S. Pkt. 2.1	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
		2.11.2	bestehen keine Bedenken. [...] Dem Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB wird aufgrund der geplanten Darstellungen im Flächennutzungsplan Rechnung getragen.“	S. Pkt. 2.8	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren. Auf die anderweitig vorgenommene Anpassung wird hingewiesen.
2.12	Landwirtschaftskammer NRW Kreisstellen Minden-Lübbecke, Herford-Bielefeld Fr. Nadine Peitzmeier Ravensberger Str. 6 32051 Herford 30.03.2023	-	Einwände/ Anregungen/ Hinweise: „Zu der vorbezeichneten Änderungen nehme ich als Träger öffentlicher Belange Landwirtschaft, für die Landwirtschaftskammer NRW, Kreisstelle Herford-Bielefeld, wie folgt Stellung: Bezüglich der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ verweisen wir auf unsere Stellungnahme im dazugehörigen Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“.“ (Die Inhalte werden unter 1.13 dargestellt.)	(s. B-Plan)	(s. B-Plan)
2.13	Stadt Spenge Fachbereich II -Stadtentwicklung, Infrastruktur, Bauen Hr. Herklotz Lange Straße 52 – 56 32139 Spenge 22.03.2023	2.13.1	Einwände/ Anregungen/ Hinweise: „ich bedanke mich für die Beteiligung an dem o.a. Bauleitplanverfahren. Die Belange der Stadt Spenge werden durch die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 95 "Vorsteherweg" der Stadt Enger nicht berührt. Anregungen werden nicht vorgebracht.“	S. Pkt. 2.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
2.14	Vodafone West GmbH Ferdinand-Braun-Platz 1 40549 Düsseldorf 16.03.2023	2.14.1	Hinweise/ Einwände: „vielen Dank für Ihre Informationen. Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere obenstehende Vorgangsnummer an. Bitte beachten Sie: Bei einer Stellungnahme, z.B. wegen Umverlegung, Mitverlegung, Baufeldfreimachung, etc. oder eine Koordination/Abstimmung zum weiteren Vorgehen, dass die verschiedenen Vodafone-Gesellschaften trotz der Fusion hier noch separat Stellung nehmen. Demnach gelten weiterhin die bisherigen Kommunikationswege. Wir bitten dies für die nächsten Monate zu bedenken und zu entschuldigen.“ Anregungen: Der TÖB äußert keine Anregungen	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
2.15	Westfalen Weser Netz GmbH: WWN Netzbau Herford Hr. Dietmar Kipp Bielefelder Straße 3 32051 Herford 06.03.2023	2.15.1	Einwände: „gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen von uns keine Bedenken.“ Anregungen/ Hinweise: Der TÖB äußert keine Anregungen/ Hinweise.	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 „Vorsteherweg“ | 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Enger
 Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
 Stand 03.11.2023

Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Einwendenden; Datum der Einwendung;	Ifd. Nr.	Anregung, Einwände und Hinweise	Verweis auf Abwägungstext	Beschlussvorschlag
2.16	Westnetz GmbH Speziaalservice Gas Hr. Rainer Schmidt Hr. Robert Niggemeyer Florianstraße 15-21 44139 Dortmund 02.03.2023	2.16.1	Hinweise: „wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 27.02.2023 an die Westnetz GmbH, mit dem Sie um Stellungnahme für das Projekt Aufstellung der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 95 "Vorsteherweg" gebeten haben. In dem angegebenen Bereich befinden sich keine Erdgashochdruckleitungen der Westnetz GmbH. Die o. g. Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf Erdgashochdruckleitungen mit einem Betriebsdruck ≥5bar. Für die eventuell vorhandenen Versorgungsleitungen anderer Druckstufen und Sparten (Strom, Wasser, Fernwärme) erteilt das Regionalzentrum Osnabrück (planauskunft.rzosnabrueck@westnetz.de) eine Stellungnahme. Wir bedanken uns für die Benachrichtigung“ Einwände/ Anregungen: Der TÖB äußert keine Anregungen/ Einwände.	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.
2.17	Westnetz GmbH Regionalzentrum Osnabrück Fr. Franziska Saak Goethering 23-29 49074 Osnabrück 08.03.2023	2.17.1	Einwände/ Hinweise: „wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 27.02.2023 und teilen Ihnen mit, dass wir den o.g. Bebauungsplan hinsichtlich der Versorgungseinrichtungen der Westnetz GmbH durchgesehen haben. Gegen diese Verwirklichung bestehen unsererseits keine Bedenken. Im Geltungsbereich unterhalten und planen wir keine Versorgungseinrichtungen.“ Anregungen: Der TÖB äußert keine Anregungen.	S. Pkt. 4.9	Kein Beschlussvorschlag zu formulieren.